

„Quo vadis – Die Linke?“

Veranstaltung am 19. August 2020 in »ABI e.V.«, Steindamm 9, IV. Stock um 19:00 Uhr

Kurzer Input: Uli Ludwig

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Quo vadis“ – auf Deutsch: „wohin gehst du?“ – ist ein Roman und jahrzehntelanger Bestseller über die Zeit der Christenverfolgung unter dem römischen Herrscher Nero. „Quo vadis?“ ist dort also eine Glaubensfrage. Im Colosseum als Löwenfutter enden oder das Höllenfeuer ewiger Verdammnis war die unerfreuliche Alternative. Damit konnte der Autor Henryk Sienkiewicz 1905 immerhin den Nobelpreis für Literatur einfahren.

Wir haben eher irdische Alternativen im Sinn. Von Teilen der Partei, die ihre Position ausnutzen, um ihre Strategien an die Öffentlichkeit zu bringen, gehen klare Signale aus, die Partei Die Linke im kommenden Jahr mit einer **Koalitionsaussage Rot-rot-grün** in den Bundestagswahlkampf führen zu wollen. Nur so, meint z.B. Katja Kipping, könne man mehr Menschen vom Sinn Die Linke zu wählen überzeugen. Denn nur so könnten wir ja wirklich politisch etwas bewirken. Geschickt unterstützt wurde diese Träumerei von der überraschenden und fast nebenbei im *ARD*-»Bericht aus Berlin« am Sonntag von Saskia Esken vorgetragenen und später von Olaf Scholz bestätigten Absicht, es mit der LINKEN zu versuchen.

Nun könnten wir uns beruhigen und sagen: Da gibt es gar keinen Plan. Das ist unreal, ein Wolkenkuckucksheim, ein Fake. Oder, wie Georg Fülberth in der *jW* vom Samstag schrieb: „Bei *INSA* trieb die Meldung die Umfragewerte der SPD kurzfristig von 16 auf 18 Prozent hoch, die Union sank von 36,5 auf 36. Wenn eine Partei, die halb so viel Zustimmung findet wie ihre größte Konkurrentin, Anspruch auf das Kanzleramt erhebt, würde das in nachrichtenreicheren Zeiten ziemlich lächerlich wirken.“

Aber, liebe Genossinnen und Genossen: Es ist ernst gemeint – selbst wenn das Projekt keine Chance auf Realisierung hat. Die Linke soll auf Kurs gebracht werden, eigene Forderungen sind überflüssig. Vom Erfurter Programm ganz zu schweigen, es steht sogar im Weg.

Das läuft zwar nicht auf die Perspektive schmornen im Höllischen Feuer hinaus, wohl aber möglicherweise auf die komplette Selbstaufgabe. Für die Resterampe gäbe es vielleicht noch eine Aufgabe als Staatssekretärin, aber das Projekt „Die Linke“ und – sagen wir mal: ihr „demokratischer Sozialismus“ – wären am Ende.

Es wäre leichtfertig zu glauben, daß eine solche Strategie vollkommen unwirksam wäre. Ein nachgeschobenes Papier von einer Reihe von Mitgliedern der LINKEN, die dem Reformlager zugerechnet werden, wurde am 4. August über den Spiegel mit dem Titel veröffentlicht: „Für eine soziale, ökologische und digitale Gesellschaft – **DIE LINKE muss sich entscheiden**“. Lucy Redler faßt zusammen: „Der Parteitag solle eine Richtungsentscheidung herbeiführen, die Frage müsse zwingend im Leittrag geklärt werden. Das Gute an dem Papier: Jetzt wissen wir, was der Reformflügel beim Parteitag durchsetzen will.“

Viele werden so entrüstet sein wie wir, aber wenn wir diese Strategie verhindern wollen, wird Entrüstung nicht ausreichen, **wir werden erklären müssen, was die Alter-**

native ist. Und es dreht sich eben nicht um eine Glaubensfrage, sondern um rationale Entscheidungen, die die Partei in ihrer Gesamtheit treffen muß. **Erstens** betrifft es das gesellschaftliche **Ziel** der Partei Die Linke. Das müssen wir nicht lange suchen, es steht im Erfurter Programm, es lautet der **demokratische Sozialismus**. Demokratie nennen wir diejenige Gesellschaftsform, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen und Sozialismus basiert auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Insofern beinhaltet der Begriff eine Art Tautologie – wie „ein weißer Schimmel“ oder „voll und ganz“

Und **zweitens** müssen wir über den **Weg** entscheiden, auf dem wir dieses Ziel erreichen wollen. Dazu brauchen wir die **Diskussion**. Wir brauchen eine lebendige Diskussion in der Basis der Partei, eine Diskussion, in der die Argumente den Inhalt bestimmen. Wenn wir nicht nur eine schöne Beschlußlage – vielleicht noch mit knapper Mehrheit erreicht – herbeiführen wollen, sondern den **Ausgangspunkt von gemeinsamen Handeln**, dann brauchen wir die Überzeugung der großen Mehrheit unserer Mitglieder, daß der Weg, die Methode und die Arbeitsweise zum erwünschten Ziel führt. Das heißt: Die zu beschließende Strategie muß **den Weg durch die Köpfe** gemacht haben.

Vor ein paar Tagen machte mich ein junger Genosse aufmerksam auf einen Abschnitt in dem Artikel „Linkes Wunschdenken“ von Volker KÜlow und Ekkehard Lieberam in der jungen Welt. Der Abschnitt trägt die Überschrift „**Eckpunkte eines Konzepts revolutionärer Realpolitik**“. Die Autoren führen dort einen Gedanken von Rosa Luxemburg aus, der das Spannungsverhältnis zwischen dem Handeln im bestehenden System, dem Kapitalismus und dem Ziel, das Erreichen eines neuen Systems, dem Sozialismus beschreibt.

Zu den Eckpunkten eines solchen Konzepts zählen

1. die Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Zustände,
2. die Massenmobilisierung für substantielle Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen,
3. das Ausschöpfen des demokratischen Potentials von Oppositionspolitik,
4. der jeweils spezifische Kampf um soziale und politische Verbesserungen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie nicht zuletzt
5. der Bruch mit der Politik des Brückenschlags zu den Regierenden.

Die skizzierten Aufgaben sind nicht von Pappe – und sie sind nur der Anfang. Das konnte die Begeisterung des jungen Genossen aber keineswegs bremsen. Vielleicht, weil sie so klar und einleuchtend sind.

Wir müssen aber trotzdem hinzufügen, was sie – unter anderem – bedeuten. Sie bedeuten, daß wir der Stellvertreterpolitik des Parlamentarismus eine deutliche Absage erteilen müssen. Das heißt nicht, daß wir als Partei nicht um Wählerstimmen und eine starke parlamentarische Vertretung kämpfen brauchen. Es heißt nur, daß dies weder der einzige noch der vorrangige Weg ist, auf dem wir unsere Ziele erreichen können. Die parlamentarischen Vertretungen sind Mittel zum Zweck, aber eben nicht der Zweck und schon gar nicht das Ziel.

Ich will zuletzt nur kurz die ersten beiden Punkte ansprechen, um die Größe und den Charakter der Aufgaben zu beschreiben.

Die geforderte Aufklärung setzt eine **Analyse der historischen Situation voraus in der wir leben**. Hier können nur wenige Punkte einer langen Liste aufgezählt werden. Diese beginnt mit der **Gefahr eines großen Krieges**, die selten so groß war wie heute. Abrüstung ist für die *masters of the universe* kein Thema mehr. Aber auch ohne offene militärische Konfrontation läuft ein gigantischer und gefährlicher **Wirtschaftskrieg** entlang vieler internationaler Konfliktlinien mit verheerenden Wirkungen. Das **Völkerrecht** wird vor allem von den USA mit Füßen getreten, **Sanktionen** bringen Elend und Tod über Millionen Menschen. Die menschenverursachte **Klimaveränderung** beschleunigt sich und die Tatenlosigkeit ist offenkundig. Die grassierende **Pandemie** hat die Unfähigkeit des herrschenden Systems zur Bekämpfung sichtbar gemacht und wird benutzt, um die **Gefahr einer systembedingten Rezession unbekanntem Ausmaßes** zu verschleiern. In Deutschland vereint schon jetzt das reichste Prozent der Bevölkerung 35 Prozent des Vermögens auf sich. Dagegen weist die untere Hälfte nur geringes Vermögen, vielfach sogar Schulden auf. Damit hat Deutschland die **höchste Ungleichheit bei privaten Vermögen in Europa**. Die auf den Weg gebrachten staatlichen Maßnahmen werden daran nichts ändern und die kommende Wirtschaftskrise nicht abwenden! **Eine Aufklärung müßte umfassend sein und die einzelnen Bereiche in eine Beziehung zueinander setzen.**

Die Rolle der „**Massenmobilisierung**“, die wir als Grundbedingung von Veränderung betrachten, wird im Erfurter Programm gut beschrieben. Ich schließe mit dem folgenden Zitat:

*DIE LINKE versteht sich als lernende Partei. Sie will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können. Wir wollen durch das bessere Argument – öffentlich, transparent, kulturvoll und demokratisch – streiten, Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. (...). Sozialer Wandel und politische Veränderung müssen aus der Gesellschaft erwachsen und von vielen Menschen getragen werden. Wir ringen daher um ein **breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft**. Dieses Bündnis soll sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus ansprechen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, erwerbsloser und diskriminierter Menschen in Deutschland sowie im europäischen und internationalen Maßstab und ihren konkreten Problemen aus.*

Quo vadis? Dies könnte unsere Alternative sein! Das ist **Realpolitik**, weil sie die Selbsttätigkeit der subalternen Klasse für die reale Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen voraussetzt. Und sie ist **revolutionär**, weil sie jederzeit erklärt und deutlich macht, daß diese Verbesserungen nur dann umfassend erreicht werden können, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. **Die Wurzel der Geschichte**

aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Das Ergebnis kann nur Sozialismus heißen.

Ich bitte Ernst Bloch posthum um Vergebung für den Mißbrauch seiner Zeilen. Ich wünsche uns eine gute Diskussion. Vielen Dank für's Zuhören.

ⁱ **Bundesregierung versagt bei der Krisenbewältigung am Arbeitsmarkt**

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 18. August 2020

„Die Bundesregierung hat zu wenig getan, um Arbeitsplätze und Beschäftigung zu sichern. Das zeigt der Rückgang der Erwerbstätigenzahl deutlich auf. Während Großkonzernen das Geld hinterhergeschmissen wird, die trotzdem Personal abbauen, müssen sich viele kleinere Unternehmen und Soloselbständige mit nichts oder nicht ausreichender Unterstützung begnügen. Insbesondere Solo-Selbständigen verwehrt die Bundesregierung eine Unterstützung zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts. Viele Beschäftigte und Selbständige sind in dieser Krise in existenzielle Schwierigkeiten geraten oder bereits zum Sozialfall geworden. Hier hat die Bundesregierung versagt“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur vierteljährlichen Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes. Zimmermann weiter:

„Die Hilfen an Großunternehmen müssen an Jobgarantien gekoppelt werden. Selbständigen müssen nicht nur Hilfen zu ihren Betriebsausgaben gewährt werden, sondern auch zum Lebensunterhalt. Das Kurzarbeitergeld muss sofort auf 90 Prozent des Nettoentgelts erhöht werden, für Beschäftigte, die nur den gesetzlichen Mindestlohn bekommen, auf 100 Prozent. Auch die Arbeitslosenversicherung muss gestärkt und krisenfest gemacht werden. Das Arbeitslosengeld muss auf 68 Prozent des Nettoentgelts erhöht werden. Es geht aber auch darum, dass wieder mehr Menschen überhaupt Zugang erhalten.“